

Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Samtgemeinde Gartow und deren Mitgliedsgemeinden für das Verfahren Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

gemäß Artikel 12 bis 22 und 34 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die vorliegende Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten gibt Auskunft über die informationspflichtigen Angaben, die für alle Verarbeitungstätigkeiten der Verantwortlichen zutreffend sind.

1. Kontaktdaten

1.1. Verantwortliche

Verantwortlich für die Datenverarbeitung im Sinne des Art. 4 Nr.7 DSGVO ist die Samtgemeinde Gartow, vertreten durch den Samtgemeindebürgermeister, Springstraße 14, 29471 Gartow, Telefon 05846/82-15, E-Mail samtgemeinde@gartow.de, Internet www.gartow.de

1.2. Verantwortliche Stelle

Zweckmäßigerweise werden die personenbezogenen Daten durch die nachfolgend bestimmte Stelle innerhalb der Samtgemeinde verarbeitet: Kämmereiamt, Springstraße 14, 29471 Gartow, Telefon 05846/82-20, E-Mail k.aumann@gartow.de

1.3. Datenschutzbeauftragter

Die Verantwortliche hat einen Datenschutzbeauftragten gemäß Art. 37 DSGVO benannt: Kim Schoen, ITEBO GmbH, Servicebereich Datenschutz & IT-Sicherheit, Telefon 0541/9631-222, E-Mail dsb@itebo.de

2. Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen

Die Daten werden zu nachfolgend benanntem Zweck verarbeitet:

Aufstellung, Durchführung und Abrechnung des Haushaltes; ordnungsgemäße Erhebung und Verwaltung der Steuern und Abgaben, Absicherung der kompletten Buchführung und des Zahlungsverkehrs sowie der Mahnung und Vollstreckung öffentlicher und privat rechtlicher Forderungen, Kommunale Vermögensverwaltung.

Die Rechtsgrundlage(n) zur Verarbeitungstätigkeit bildet:

Kommunalverfassung des Landes Niedersachsen, KomHKVO, abgabe- und steuerrechtliche Vorschriften des Bundes und des Landes Niedersachsen: Kommunalabgabengesetz des Landes Niedersachsen, Abgabenordnung, Grundsteuergesetz, Gewerbesteuergesetz, Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung, Ortsrecht der Gemeinden, durch die Gemeindevertretung beschlossenes und im Ortsrecht der Gemeinden öffentlich bekannt gemachte Satzungen zu örtlichen Aufwand- und Verbrauchsteuern und Abgaben.

Sofern die Verantwortliche Daten zu einem anderen als dem ursprünglich angegebenen Zweck verarbeiten möchte, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 13 Abs. 3 DSGVO informiert.

3. Erhebung von Daten bei Dritten

Grundsätzlich erhebt die Verantwortliche personenbezogene Daten bei der betroffenen Person. Erhebt die Verantwortliche Daten bei Dritten, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 14 DSGVO einschließlich der Quellenangabe informiert.

4. Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Es besteht keine Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten.

5. Datenübermittlung

Die Verantwortliche übermittelt personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person. Die Daten werden an nachfolgende Dritte übermittelt: Banken und Sparkassen sowie Clearingstellen der Banken. Rechtsgrundlagen für die Übermittlung bilden: Durchführung von Gut- und Lastschriften bzw. Weiterleitung innerhalb und außerhalb ihres Bankenverbundes.

6. Automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling)

In der Regel erfolgt keine personenbezogene automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling) bei der Verantwortlichen.

7. Speicherfristen

Die Verantwortliche wird personenbezogene Daten nur so lange speichern, wie dies für die Erreichung des unter Nr. 2 genannten Zwecks erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine Speicherung vorschreiben. Die Daten werden nach Ablauf einer gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gelöscht. Fristen nach § 38 KomHKVO und § 37 KomHKVO.

8. Betroffenenrechte

Sofern nicht besondere Vorschriften entgegenstehen, werden der betroffenen Person nachfolgende Betroffenenrechte eingeräumt, die (ausg. Punkt 8.5) zweckmäßigerweise bei der unter Punkt 2 oder, sofern diese nicht bekannt ist, bei der unter Punkt 1.3 benannten Stelle geltend zu machen sind.

8.1. Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung

Jede betroffene Person hat

a) neben dieser allgemeinen und der ergänzenden Informationen zur Verarbeitungstätigkeit nach Art. 15 DSGVO einen individuellen Auskunftsanspruch über ihre durch die Verantwortliche verarbeiteten personenbezogenen Daten, insbesondere über deren Inhalt sowie individuelle Angaben zu den Punkten 2 bis 8 dieser allg. Information,

b) nach Art. 16 DSGVO das Recht, von der Verantwortlichen die Berichtigung von unrichtigen oder die Ergänzung von unvollständigen personenbezogenen Daten zu verlangen,

c) den Anspruch, die Verantwortliche zur Löschung der betreffenden personenbezogenen Daten nach Art. 17 DSGVO aufzufordern und

d) unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO das Recht, die Einschränkung der Datenverarbeitung zu fordern.

8.2. Widerspruch

Die betroffene Person kann aus Gründen einer besonderen Situation der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zur Aufgabenerfüllung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO widersprechen, sofern die Verantwortliche keine schutzwürdigen Gründe für eine weitere Verarbeitung nachweisen kann.

8.3. Datenübertragbarkeit

Erfolgt die Verarbeitung mit Hilfe eines automatisierten Verfahrens auf Grundlage einer Einwilligung der betroffenen Person, so kann sie die Bereitstellung ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format bei der unter Punkt 1.2 aufgeführten Stelle verlangen.

8.4. Widerrufsrecht

Sofern die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf der Einwilligung der betroffenen Person beruht, hat sie das Recht, diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die betroffene Person wird mit der Einwilligung über das Widerrufsrecht informiert.

8.5. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht, sich über Verletzungen des Datenschutzrechtes bei der nachfolgend genannten Behörde zu beschweren:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, Telefon 0511 120 45 00, Telefax 0511 120 45 99, E-Mail poststelle@lfd.niedersachsen.de, Internet www.lfd.niedersachsen.de

9. **Benachrichtigung bei Verletzung des Datenschutzes**

Bei Verletzung des Datenschutzes erfolgt durch die Verantwortliche eine Meldung an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde. Hat die Verletzung ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten einer natürlichen Person zur Folge, benachrichtigt die Verantwortliche die betroffene Person darüber.